

## **Begründung:**

Immer wieder ist festzustellen, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Gesundheitssystem nur unzureichend zu Recht finden und nicht an Maßnahmen partizipieren, die ihrer Gesundheit nutzen und Erkrankungen vorbeugen. Obwohl sie vielfach schon lange in Deutschland leben, werden viele Zugewanderte von einem Großteil der Angebote zur Gesundheitsvorsorge und Früherkennung nicht in erforderlichem Maße erreicht. Trotz grundsätzlicher Zugangsoffenheit zur gesetzlichen Krankenversicherung behindern häufig informationsbedingte, kulturelle und kommunikative Barrieren sowie mangelhafte interkulturelle Fachkompetenz auf Seiten des Fachpersonals die effektive Nutzung von Versorgungsangeboten des Gesundheitswesens. Dies hat beispielsweise zur Folge, dass Früherkennungsuntersuchungen in der Schwangerschaft von Migrantinnen seltener in Anspruch genommen werden als von deutschen Frauen, die Untersuchungen von Kindern beim Kinderarzt nicht immer in der erforderlichen Regelmäßigkeit stattfinden und zugewanderte Menschen bei zahnmedizinischen Präventivmaßnahmen deutlich unterrepräsentiert sind. Besorgniserregend ist auch die Zunahme an übergewichtigen, insbesondere türkischen Kindern und Jugendlichen.

Zudem muss bedacht werden, dass auf Grund der demographischen Entwicklung die Zahl der älteren Migrantinnen und Migranten, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren, künftig ansteigen wird. Vor diesem Hintergrund wird es zunehmend erforderlich werden, auch in den Bereichen ambulanter und stationärer Pflege den kulturellen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

Die Diakonie setzt zwischenzeitlich im Rhein-Sieg-Kreis als Standortpartner des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW das Projekt MiMi (muttersprachliche Informationsveranstaltungen durch geschulte Mediatoren zu unterschiedlichen Themenfeldern aus dem Bereich Gesundheit) um. Im Interesse erfolgreicher Integration könnten (weitere) Aktivitäten des Kreises mit dazu beitragen, eine effektive und effiziente gesundheitliche Versorgung zu erzielen, die nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung sind sondern auch für die versorgenden Fachkräfte und nicht zuletzt für die Kostenträger.

Bei den von der Verwaltung zu erarbeitenden Vorschlägen wären beispielsweise folgende Zielsetzungen denkbar:

- ⇒ Vermittlung von grundlegenden Informationen über das deutsche Gesundheitssystem
- ⇒ Förderung der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, z. B. während der Schwangerschaft, zur Krebsfrüherkennung oder zur regelmäßigen Untersuchung von Kindern und Jugendlichen
- ⇒ Förderung von Gesundheitsbewusstsein (Ernährung, Bewegung, Sport)
- ⇒ Sensibilisierung für kulturelle Besonderheiten von Menschen mit Migrationshintergrund bei Fachkräften und Institutionen insbesondere in der ambulanten und stationären Altenpflege
- ⇒ Vermittlung von Informationen über psychosoziale Hilfsangebote

Dabei sollte auch geprüft werden, ob und in wie weit

- Fördermittel Dritter genutzt werden können,
- durch Kooperationen mit zusätzlichen Experten, z. B. mit Ärzten, den Familienzentren, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Krankenkassen oder Spezialisten wie dem Krebsinformationsdienst Heidelberg besondere Synergieeffekte erzielt werden können und
- Migrantenselbstorganisationen in die Planung und Durchführung einbezogen werden können.

Mit freundlichem Gruß

f.d.R.:

gez. Uta Gräfin Strachwitz  
gez. Michael Donix  
gez. Wilhelm Herbrecht

Ulla Breitbach

